

Die Erste billigt den Südweststaat

Volksabstimmungen gab es bereits 1951, 1970 und 1971 / Relativ hohe Beteiligung bei S21-Entscheid möglich

Von Stefan Jehle

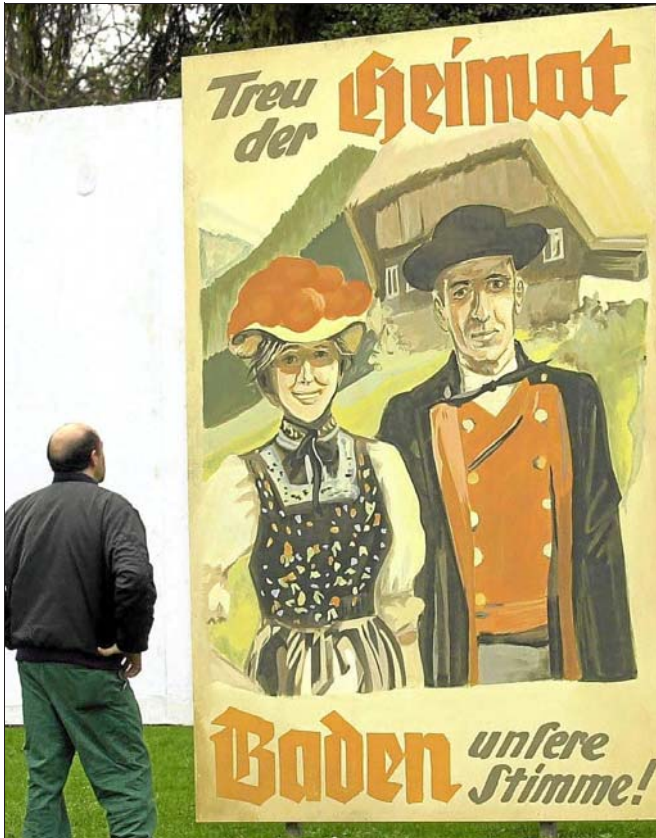
Karlsruhe. Die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 ist die vierte seit 1951 – damals ging es um nicht weniger als die Gründung des Landes Baden-Württemberg. Doch sie ist die erste, bei der das Volk direkt über ein Gesetzesvorhaben des Landtags befragt wird.

Frühere Volksabstimmungen liegen lange zurück. Am 9. Dezember 1951 war es erstmals soweit: Damals wurde für den Zusammenschluss der Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden gestimmt. Zwei der Abstimmungen – die erneute über die Länderneugliederung, also über die Bildung von Baden-Württemberg im Jahr 1970, sowie der Versuch zur Auflösung des Landtags 1971 – fanden ihren Ausgang am badischen Oberrhein.

Nicht jedem schmeckt nach dem Krieg die Fusion der drei Landesteile

Im badischen Landesteil erinnert sich mancher aus der älteren Generation immer noch an »separatistische« anmutende Bestrebungen von einst: Vor allem in Südbaden ist der Begriff des »Altbadeners« vielen noch geläufig. Längst nicht jedem schmeckte nach dem Krieg die Fusion der drei einstmals Landesteile zum neuen Baden-Württemberg. Einer der erbittertesten Gegner, der Badens Selbstständigkeit partout nicht preisgeben wollte, war der aus Freiburg stammende frühere badische Staatspräsident Leo Wohleb.

Doch die Anweisung kam von ganz oben: Schon der parlamentarische Rat bei Gründung der Bundesrepublik hatte 1949 die Länderneugliederung im Südwesten ins Grundgesetz geschrieben. Artikel 118 des Grundgesetzes kam auf Betreiben des einst weit über die Landesgrenzen hinaus bekannten Tübinger Politikwissenschaftlers Theodor Eschenburg zustande, wie sich sein späterer Schüler Hans-Georg Wehling noch heute erinnert. Die Abstimmung im Dezember 1951 erfolgte aufgrund eines Bundesgesetzes. Von damals 4,3 Mil-



Ein Passant betrachtet ein historisches Plakat. Es appelliert an die Badener, an der Volksabstimmung zum Zusammenschluss der drei Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern teilzunehmen. Zu sehen ist ein Trachtenpaar vor einem Schwarzwaldhaus. Foto: Haid

lionen Stimmberechtigten gingen 58,8 Prozent zur Wahlurne. Besonders hoch war die Beteiligung erwartungsgemäß im einstigen (Süd-) Baden mit rund 70 Prozent – 62,2 Prozent der Wähler lehnten den neuen Südweststaat dort ab. Im Stimmbezirk Württemberg-Baden, den jeweils nördlichen Hälften von Baden und von Württemberg, sprachen sich dagegen 77,2 Prozent für ein vereinigtes Baden-Württemberg aus, in Südwürttemberg-Hohenzollern sogar noch mehr: 91,4 Prozent.

Die Badener fühlten sich

freilich überstimmt: Die Stimmverteilung in den Grenzen des einstigen Baden und des einstigen Württemberg – wie sie vor 1945 bestanden hatten – ergab ein gegensätzliches Bild. Auf badischer Gemarkung waren 57 Prozent dagegen, und nur 43 Prozent für die Vereinigung der Nachkriegsgebilde. 1956 entschied das Bundesverfassungsgericht – damals noch im Karlsruher Prinz-Max-Palais – nach Klagerhebung der Fraktion der »Altbadener«, dass die Abstimmung des Jahres 1951 wiederholt werden müsse. Der später auf-

grund seiner NS-Marinetätigkeit umstrittene CDU-Politiker Hans-Karl Filbinger, der selbst aus Freiburg stammte und 1966 zum Ministerpräsidenten des Landes gewählt wurde, hatte die erneute Abstimmung »zur Badenfrage« für das Jahr 1970 politisch durchgesetzt.

Die Badener und die Württemberger durften am 7. Juni 1970 erneut an die Wahlurnen: Offiziell lautete der Volksentscheid auf »Verbleib des Gebiets des früheren Landes Baden beim Land Baden-Württemberg«.

Die Stimmbeteiligung – auf

Baden bezogen – war gegenüber 1951 abgesunken. 62,2 Prozent der Nord- und Südbadener nahmen teil. Auch das Ergebnis sah nun anders aus. In beiden Landesteilen stimmten mit 84,7 und 79,1 Prozent der Wahlberechtigten für den Verbleib. Ein deutliches Ja zum neuen »Musterländle«. Selbst die einst renitent anmutenden Freiburger hatten sich mit dem neuen Bundesland angefreundet. Eine neue – alte – Hochburg der sogenannten »Altbadener« verblieb aber in Karlsruhe, der früheren Landeshauptstadt des einstigen Großherzogtums.

Nicht mehr als 17,3 Prozent setzen ihr Kreuzchen zur Auflösung des Landtags

Ein Art Nachwehe der Volksabstimmung von 1970 war das Volksbegehren im Jahr 1971. Abermals im südbadischen Bereich, angeführt von dem einstigen Bauernpräsidenten Arthur Reither, der aus dem Altkreis Überlingen am Bodensee stammte, wurde versucht, mit Unterschriftensammlungen eine Auflösung des Landtags zu bewirken: aus Protest gegen die Kreis- und Gebietsreform, die einst badische und einst württembergische Gemarkung in gemeinsamen Landkreisen oder Regierungsbezirken vereinigen sollte.

217.000 Unterschriften wurden gesammelt. Doch die Volksabstimmung am 19. September 1971 scheiterte kläglich an mangelnder Wahlbeteiligung: Sie lag in den vier neuen Regierungsbezirken des Landes zwischen gerade mal 14,8 und 17,3 Prozent.

Das könnte bei der Volksabstimmung zum Bahnprojekt Stuttgart 21 anders aussehen. Für den 27. November zeichnet sich eine ähnlich starke Beteiligung wie bei der Landtagswahl im vergangenen März ab. In zahlreichen Städten sind zwei Wochen vor der Abstimmung ähnlich viele Briefwahlunterlagen angefordert worden wie zum selben Zeitpunkt vor der Landtagswahl, wie eine Umfrage der Deutschen Presseagentur bei mehr als einem Dutzend Kommunen ergab. Bei der Wahl im März hatten landesweit 66,3 Prozent der Bürger ihre Stimme abgegeben.

Philippensburg II nach Leck bald wieder am Netz

Philippensburg. Das Atomkraftwerk Philippensburg II (Kreis Karlsruhe) wird voraussichtlich in wenigen Tagen wieder am Netz sein. Mit den Reparaturarbeiten an der defekten Dichtung sei begonnen worden; die Arbeiten verliefen gut. Das teilte gestern ein Sprecher des Karlsruher Energieversorgers EnBW mit, der den Meiler betreibt. Das Atomkraftwerk war am Samstag abgeschaltet worden, nachdem bei einem Routinerundgang die defekte Dichtung an einer Armatur des sogenannten Speisewassersystems entdeckt worden war. Wegen der hohen Temperaturen hatte das Teil nicht bei laufendem Betrieb repariert werden können. Block II ist seit 1984 am Netz. Block I war nach der Atomkatastrophe in Japan stillgelegt worden.

Boxberg-Drama aufgeklärt

Boxberg. Die Ermittlungen im Familiendrama von Boxberg (Main-Tauber-Kreis) sind eingestellt. Den Obduktionsergebnissen nach hat der 45 Jahre alte Sohn seine 78-jährige Mutter laut Staatsanwaltschaft Moshab im September mit rund 60 Messerstichen getötet. Die Vielzahl der Stiche deutete auf einen sogenannten »Overkill« hin, der bei Beziehungstaten, aber auch bei psychischen Erkrankungen zu beobachten sei. Nach der Tat tötete sich der Sohn selbst.

Baby-Gorilla lebt in Wilhelma

Stuttgart. Das von seiner Mutter nicht angenommene Prager Gorilla-Baby Tano (Bild) wird in Stuttgart aufwachsen.



Das Junge ist gestern in der Aufzuchtanlage der Wilhelma eingetroffen. Mehrere Versuche, Tano (Suaheli: »der Fünft«) seiner Mutter Bikiri anzuvertrauen, waren zuvor gescheitert, sagte die Sprecherin des Zoos in Prag.

MEINUNG DER LESER

Bäume würden davonlaufen

Betrifft: Nationalpark Nordschwarzwald

Die Aussage des Grünen-Politikers Markus Rösler, dass die Förster von der Nationalparkverwaltung übernommen werden, macht natürlich sehr, sehr glücklich! Wer war eigentlich zuerst da, die Henne oder das Ei? Und hat er eigentlich schon mal mehr als armdicke Bäume an den Straßenrand gezogen. Das war in den Anfängen der Schliifkopfkampagne Aufgabe von uns Frauen! Schon mal mit der Sense einen Wiesenhang gemäht, sackweise Zapfen und »Meggel« gesammelt? Das wird sicher bald verboten, weil dadurch dem Wald Totholz entzogen wird. Im Krieg war's die einzige Chance, eine warme Stube zu haben. Ideenreichtum ist etwas ganz Tolles! Nur die Umsetzung ist so schwierig, wenn man dazu Geld benötigt, das nicht vorhanden ist. Er hält die Bevölkerung völlig zu unrecht für nicht informiert. Viele kennen den Bayerischen Nationalpark.



Ein Wanderer fotografiert im Nordschwarzwald. Foto: Deck

Wenn unsere Bäume laufen könnten, dann wären sie vielleicht längst vor all der Umtriebigkeit wegelaufen. Aber wohin? Ich fürchte außerdem, die Förster könnten einen Maulkorb umgehängt bekommen. Zudem wünsche ich mir für den weiteren Verlauf der

Diskussion behutsamere Aussagen und umsetzbare Ideen.
Christa John
Freudenstadt

Ohne Arbeit kein Wohlstand

Betrifft: Euro-Krise

Mit Erstaunen habe ich Äußerungen von Ursula von der Leyen (CDU) und Gregor Gysi (Die Linke) zur Kenntnis nehmen müssen. Beide haben, in leicht unterschiedlichen Varianten, weiterem Schuldenmachen das Wort geredet, um Griechenland und den Euro zu retten. Dass fast alle europäischen Staaten, darunter auch Deutschland, hoch verschuldet sind und weiteres Schuldenmachen in die Katastrophe führt, haben beide nicht verstanden. Allein Deutschland bezahlt pro Jahr 100 Milliarden an Zinsen. Hätte man Ludwig Erhard ernst genommen und Maß gehalten, anstatt der Versuchung von Willy Brandt zu erliegen, die Belastbarkeit der Wirtschaft zu testen, könnten diese 100 Milliarden für Sinnvol-

leres als für Zinsen ausgegeben werden. Wohlstand auf Pump führt langfristig ins Elend. Umverteilen hilft hier auf Dauer nicht weiter. Dauerhafter Wohlstand kann nur durch Arbeit erreicht werden, nicht aber durch Rettungsschirme.
Karl Braun
Haiterbach

Hauptbahnhof verdient Schutz

Betrifft Stuttgart 21

Für den Stuttgarter ist der Bahnhof ein Wahrzeichen – wie der Kölner Dom für den Kölner. Abfahrt und Ankunft waren stets mit Freude und ohne Stress verbunden; das Umfeld am Kopfbahnhof war bislang eine einzige Wohlfahrt. Dieser wunderschöne Bahnhof sollte nicht abgerissen werden und auch nicht unter die Erde verlegt werden. Dies wäre eine unzumutbare Belastung für die Bewohner der wunderschönen Landeshauptstadt.
Gisela Geiling
Waldachtal

Unbedenklich ist das nicht

Betrifft: Strahlenbelastung durch Mobilfunkantennen

84.388 Standorte für Funkanlagen gibt es in Deutschland, Tendenz steigend. Die Bundesnetzagentur verkündet, es gebe keinen Anlass zur Sorge über die Strahlenbelastung durch Mobilfunkantennen. Internationale Forschungsergebnisse weisen jedoch klar auf eine gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung



Mobilfunkantennen sind unstritten. Foto: Koch

hin. Die Stiftung Warentest betont, dass eine Unschädlichkeit für den Menschen nicht bescheinigt werden könne, da es »noch keine breit angelegten Langzeitstudien« gebe. Das verdeutlicht eindringlich, dass die Forderung nach der konsequenten Anwendung des Vorsorgeprinzips in Bezug auf die Mobilfunktechnologie für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung von größter Bedeutung ist.
Eugen Rominger
Meßstetten

SCHREIBEN SIE UNS

Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Richten Sie Ihre Briefe bitte an folgende Adresse:

Verlagshaus Jaumann
Am Alten Markt 2
79 539 Lörrach
Fax: 07621/40 33 80
E-Mail: ov.reaktion@verlagshaus-jaumann.de

Vergessen Sie bitte nicht Ihre Adresse, Ihre Telefonnummer und Ihre Unterschrift